

3. November 2019

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Anfang November übersende ich Ihnen wieder einige interessante Informationen aus dem Fachbereich „Jugendhilfe, Soziale Arbeit und lebensweltliche Beratung“ der DGSF sowie von der Jugendhilfe-Bundesebene:

- **Wirksamkeitsstudie „Systemisches Arbeiten in der Jugendhilfe“**
- **Systemische Sozialarbeit in der DGSF / Forum der DGSF-Jahrestagung in Hamburg**
- **Gründung Bundesforum Vormundschaft und Pflugschaften – DGSF in Beirat vertreten**
- **Die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland - 5./6. Ergänzender Bericht an die Vereinten Nationen**
- **Beratung für pflegende Kinder und Jugendliche – jetzt auch per Chat**
- **Kostenheranziehung junger Menschen in Heimen und Pflegefamilien**

Wenn Sie die DGSF-Rundmail Jugendhilfe nicht mehr erhalten möchten, senden Sie mir bitte eine kurze Mail.

Herzliche Grüße aus Köln sendet Ihnen

Birgit Averbek
Fachreferentin für Jugendhilfe/-politik und Soziale Arbeit

Wirksamkeitsstudie „Systemisches Arbeiten in der Jugendhilfe“

Im Rahmen der Mitgliederversammlung in Hamburg wurde die Durchführung einer evidenzbasierten Wirksamkeitsstudie zur aufsuchenden systemischen Arbeit im nichtheilkundlichen Kontext der Jugendhilfe beschlossen. Der neue Vorstand der DGSF hat in seiner ersten Sitzung im Oktober 2019 den Faden aufgenommen und eine DGSF-interne Steuerungsgruppe aus den an einer Mitarbeit interessierten Mitgliedern ausgewählt. Die Praxisfelder AFT, ASA, MFT, Soziale Arbeit, Hochschule und Forschung sind mit den Expertisen der Teilnehmer*innen gleichberechtigt vertreten. Ein Schreiben des Vorstands mit näheren Informationen zu der Steuerungsgruppe finden Sie im Anhang an diese Rundmail.

Systemische Sozialarbeit in der DGSF / Forum der DGSF-Jahrestagung in Hamburg

Im November 2018 wurde die Systemische Therapie im Gesundheitswesen sozialrechtlich anerkannt. Dies in erster Linie ein großer Erfolg für die erwachsenen Patient*innen. Sie können die Systemische Therapie jetzt in absehbarer Zeit auch ohne Eigenfinanzierung über die Krankenkasse bezahlt bekommen. Es besteht einerseits die begründete Hoffnung, dass systemisches Arbeiten auch in der Pädagogik, der Jugendhilfe und allen anderen Berufsfeldern der Sozialen Arbeit eine deutliche Aufwertung erfährt. Andererseits stehen wir vor der Herausforderungen, eine Begegnung von systemisch arbeitenden Sozialarbeiter*innen, Sozialpädagog*innen, Therapeut*innen und Psychotherapeut*innen aus dem Gesundheitswesen, der Jugendhilfe und der Sozialen Arbeit auf Augenhöhe zu gestalten. Wie kann zukünftig ein eigenständiges Profil der systemischen Sozialarbeit

und der systemischen Therapie in den Berufsfeldern der Sozialen Arbeit in Kooperation mit approbierten Psychotherapeut*innen aussehen? In einem Forum auf der DGSF-Jahrestagung in Hamburg wurde ein multiperspektivischer Blick auf unterschiedliche Zukunftsszenarien geworfen. Drei Referent*innen, Marie-Luise Conen, Birgit Kaminski und Mathias Berg haben „ihre“ jeweiligen Gedanken zu Zukunftsszenarien, Chancen, Herausforderungen und Handlungswegen vorgetragen. Die Beiträge und weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Gründung Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaften – DGSF in Beirat vertreten

Nach über 10 Jahren informeller Netzwerkarbeit gründete sich am 8.10.2019 der Verein „Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft e.V.“ in Frankfurt am Main. Gemeinsames Ziel der 17 Gründungsmitglieder, zu denen bislang 15 Organisationen und zwei Einzelmitgliedern gehören, ist eine starke Vormundschaft, die an der Seite der Kinder und Jugendlichen steht, ihre Interessen im Blick hat und nachdrücklich vertritt. Vor-mund*innen sind nicht „einsame Bestimmer*innen“ – sie arbeiten in enger Kooperation mit Betroffenen und Fachkräften. Daher diskutiert und arbeitet das „Bundesforum Vormund-schaft und Pflegschaft“ von Beginn an multiperspektivisch. Das Bundesforum und seine Koordinierungsstelle in Heidelberg engagieren sich fachpolitisch und begleiten sowohl die Vormundschaftsreform als auch die SGB VIII-Reform kontinuierlich durch Diskussion und Stellungnahmen. Birgit Averbeck wird für die DGSF im Beirat des neuen Bundesforums mitarbeiten. Nähere Informationen gibt es [hier](#).

Die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland 5./6. Ergänzender Bericht an die Vereinten Nationen

Die Vereinten Nationen haben die Kinderrechtskonvention vor 30 Jahren verabschiedet. Deutschland hat die Konvention 1992 ratifiziert. Seitdem berichtet die Bundesregierung regelmäßig über die Umsetzung der Konvention. Die National Coalition Deutschland - Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention ist ein Zusammenschluss auf Bundesebene von 101 Organisationen und Verbänden zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland und berichten regelmäßig aus Sicht der Zivilgesellschaft über die Umsetzung der Konvention. Dabei übernehmen Mitgliedsorganisationen Verantwortung für den Bericht – zu Bildung, Gesundheit, Armut sowie zahlreichen weiteren Themen. Allen beteiligten Mitgliedsorganisationen geht es darum, aus zivilgesellschaftlicher Sicht zu bewerten, wie die Bundesregierung ihre kinderrechtlichen Verpflichtungen sowie die Empfehlungen aus dem letzten Berichtszyklus umgesetzt hat. Perspektivisch besteht die Option, dass auch die DGSF eine Mitgliedschaft in der National Coalition beantragen könnte.

Die National Coalition Deutschland hat am 22. Oktober 2019 ihren Ergänzenden Bericht zum Staatenbericht der Bundesregierung veröffentlicht. Der Bericht zeigt nach Ansicht des Deutschen Kinderhilfswerkes, dass auch 30 Jahre nach Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention zahlreiche Kinderrechte in Deutschland verletzt werden. So besteht noch viel Handlungsbedarf - insbesondere für die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz, bei der Bekämpfung der Kinderarmut, bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie bei der Berücksichtigung von Kinderrechten in Justiz und Verwaltung, den Rechten von Flüchtlingskindern und der Umsetzung von Kinderrechten beim Aufwachsen in der digitalen Welt.

Im Kontext der Hilfen zu Erziehung empfiehlt die National Coalition Deutschland dem UN-Ausschuss, die Bundesregierung aufzufordern:

- verbindliche fachliche Standards einzuführen, insbesondere zur Beteiligung von Kindern bei Entscheidungen über Fremdunterbringung

- rechtliche Regelungen einzuführen, die die Möglichkeit des dauerhaften Verbleibs von Pflegekindern in ihren Pflegefamilien absichern und dadurch Beziehungskontinuität ermöglichen
- Forschungsergebnisse zu Folgen unterschiedlicher Qualität der Jugendämter und nicht planmäßig beendeter Hilfen umsetzen
- die Unterbringung von Kindern in freiheitsbeschränkenden und freiheitsentziehenden Maßnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit der UN-Kinderrechtskonvention zu überprüfen und dafür Sorge zu tragen, vorkommende Verstöße gegen die Rechte der Kinder abzustellen
- die sächliche und personelle Ausstattung der örtlichen Jugendämter deutlich zu verbessern, um regionale Disparitäten abzubauen und adäquate Hilfe zu gewährleisten
- Kompetenzen zur sprachlichen und kulturellen Verständigung unter Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Aspekten durch vermehrte Ausbildung und Beschäftigung von Fachkräften mit vielfältigen Sprachkenntnissen voranzubringen

Der Bericht ist lesenswert und öffnet die Augen! [Schattenbericht zum Download](#).

Beratung für pflegende Kinder und Jugendliche – jetzt auch per Chat

Laut einer Studie der Universität Witten-Herdecke (2018) im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums kümmern sich bundesweit rund 479.000 Kinder und Jugendliche um chronisch kranke oder pflegebedürftige Angehörige – sie helfen bei den unterschiedlichsten Aufgaben: Sie kochen Essen, gehen einkaufen oder putzen. Manchmal übernehmen sie aber auch echte pflegerische Aufgaben. Oft machen sie sich viele Sorgen um ihre hilfe- und pflegebedürftigen Angehörigen, haben neben Schule und Pflege zu wenig Freizeit, sind körperlich angestrengt und haben niemanden, um über ihre Situation zu reden.

Im Januar 2018 ist darum das **Projekt „Pausentaste – Wer anderen hilft, braucht manchmal selber Hilfe“** an den Start gegangen. Pflegende Kinder und Jugendliche erhalten durch die „Pausentaste“ gezielt Hilfe und Rat beim Kinder- und Jugendtelefon der „Nummer gegen Kummer“, das unter der **kostenlosen Nummer 116 111** erreichbar ist. Die Beratung ist anonym und wird von Montag bis Samstag jeweils von 14 bis 20 Uhr angeboten. **An Samstagen findet zudem eine „Peer-to-Peer“-Beratung durch speziell ausgebildete Beraterinnen und Berater im Alter von 16 bis 21 Jahren statt.** Die ebenfalls anonyme E-Mail-Beratung über www.nummergegenkummer.de ist rund um die Uhr erreichbar. Der Chat ist unter nummergegenkummer.de und pausentaste.de erreichbar. Die Beratung durch Fachkräfte von Nummer gegen Kummer e.V. wird zu folgenden Zeiten angeboten: Mittwoch von 15-17 Uhr und Freitag von 16-18 Uhr.

Seit Beginn im Januar 2018 verzeichnete die Webseite www.pausentaste.de über 50.000 Besuche. Zudem wurden bereits rund 3.300 Beratungen per Telefon oder E-Mail mit Betroffenen geführt.

Weiterführende Informationen:

www.pausentaste.de, www.nummergegenkummer.de, Link zur Studie der Universität Witten-Herdecke (2018) unter Leitung von Prof. Dr. Sabine Metzger im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5_Publikationen/Pflege/Berichte/Abchlussbericht_KinderundJugendlichepflegAngeh.pdf

Kostenheranziehung junger Menschen in Heimen und Pflegefamilien

Bislang müssen Jugendliche und junge Erwachsene mit eigenem Einkommen, die in Heimen oder in Pflegefamilien leben, 75 Prozent als Kostenbeteiligung an den Jugendhilfeträger abführen! Sie müssen für ihre Unterbringung bezahlen!

Nun ist im „Omnibusverfahren“ zum BTHG-Änderungsgesetz die Gesetzesänderung zur Kostenheranziehung junger Menschen im SGB VIII vom BMFSFJ initiiert worden. Verschiedene Seiten - u.a. die Bundesarbeitsgemeinschaft Freier Wohlfahrtspflege (BAGFW) - haben sich kritisch dazu

geäußert und gefordert, dieses Vorhaben zu stoppen. Die CDU/CSU-Fraktion bzw. SPD-Fraktion fordern lediglich eine Reduktion der Kostenheranziehung. Das greift aus Sicht der BAGFW wesentlich zu kurz. Aus Sicht der BAGFW, des Paritätischen und der IGfH muss die Kostenheranziehung von jungen Menschen im SGB VIII gänzlich abgeschafft werden, wenn es um die ernsthafte Verbesserung der Lage der Care Leaver und ihrer Übergänge gehen soll. Sie demotiviert junge Menschen und widerspricht den Erziehungszielen. Dieser Position schließt die DGSF sich an.

DGSF – Deutsche Gesellschaft für Systemische
Therapie, Beratung und Familientherapie e. V.
Jakordenstraße 23 | 50668 Köln
Fon 0221 168860-0 | Fax 0221 168860-20
Mobil 0176 43246330
averbeck@dgsf.org | www.dgsf.org